

Wirtschaftsministerin Louka Katseli: „Historische Wende“ bis Ende 2010

Bilanz und Perspektiven der Wirtschaftspolitik

Neun Monate sind seit Regierungsübernahme der PASOK vergangen und die Wirtschaftskrise in Hellas hat noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht. Da haben es vor allem die zuständigen Ressortminister nicht gerade einfach. Die Ministerin für Wirtschaft, Wettbewerb und Handelsschifffahrt, Louka Katseli, stellte vergangene Woche bei einer Pressekonferenz, die von der Vereinigung der Auslandskorrespondenten in Griechenland (EAXT), ausgerichtet wurde, Rede und Antwort. Sie wirkte entschlossen, ihre kurze Rede bei vollem Saal war knapp und prägnant, mit Zahlen und Fakten, aber auch mit Visionen. Die Regierung halte unbeirrbar an ihrem ehrgeizigen Plan fest, politisches System und Gesellschaft von Grund auf unzubauen und zu erneuern, so Katseli.



Louka Katseli: Griechenland arbeitet an seinem Image als Wirtschaftsstandort (Foto: ek)

Von Jeanette Choisi

„Das wirtschaftliche Spar- und Reformprogramm der Regierung, die einschneidenden Veränderungen im Wirtschafts- und Sozialbereich, in den Arbeitsbeziehungen, im Steuer- und Finanzwesen, sind nicht nur als ein Rettungsplan zu verstehen, sondern Grundvoraussetzungen für den gesamtgesellschaftlichen Umbau des Landes, erklärte Katseli wörtlich und fügte hinzu: „Bis Ende des Jahres wird die historische Wende in Griechenland sichtbar werden.“ „Historische“ Worte wiegen meist schwer im Munde von Politikern. Öffentlichkeit und Wähler könnten sie früher als gewünscht daran erinnern und in die Verantwortung nehmen.

„Wir wollen ein vertrauensvolles, starkes und kreatives Griechenland schaffen“, betonte die Ministerin in ihrer Einführung: „Und dazu benötigen wir die Solidarität der Bürger, ihr Verständnis und ihre Zustimmung.“ Katseli

will dies erreichen, indem sie die griechische Wirtschaft auf folgende drei, ökonomisch gesunde Säulen stellt

1) Sinnvolle Verwendung staatlicher Investitionen

a) 100%ige Nutzung des staatlichen Investitionsprogramms ESPA. Also effiziente Verwendung aller zur Verfügung stehenden Investitionsgelder, die aus nationalen Quellen bereitgestellt werden können.

b) Realisierung der staatlichen Programme „Jeremy“ und „Jessica“. Im Rahmen von Jeremy werden an kleinere und mittlere Betriebe in Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank günstige Kredite verliehen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Und mithilfe von Jessica sollen die städtischen Zentren des Landes umstrukturiert, modernisiert und begrünt werden.

2) Anreize für internationale Investoren

a) Die PPP-Projekte (Öffentlich-Private Partnerschaft) im Gesamtwert von über 20 Mrd. Euro, die ab 2005 gesetzlich geregelt und in den folgenden Jahren ausgeschrieben wurden, sollen endlich aus dem Sumpf der Büro-

kratie sowie von rechtlichen und technischen Lücken befreit in die Praxis umgesetzt werden. Mit anderen Worten: Mit dem Bau von neuen Schulen, Ministerien, Verwaltungsgebäuden, Polizeistationen, Gerichten und anderen Infrastrukturprojekten, an denen öffentliche und private Hand beteiligt sind, soll nun endlich angefangen werden.

b) Steuererleichterungen und erheblich weniger Bürokratie sollen im Rahmen des neuen Entwicklungsgesetzes Griechenland als Wirtschaftsstandort interessant machen. Laut Katseli wird man ab Oktober des Jahres nur noch einen Tag für die Gründung eines neuen Unternehmens benötigen.

3.) Stärkere Ausrichtung auf den internationalen Markt

a) Griechenland muss endlich seine Rolle als strategisch wichtiger Wirtschaftsstandort sowohl im Hinblick auf die Balkan- und südliche Mittelmeerregion, als auch auf den Nahen und Mittleren Osten übernehmen. Hier verwies Katseli auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China, in deren Rahmen jüngst 14 bilaterale Kooperationsmemoranden unterzeichnet wurden.

b) Um oben genanntes Ziel zu erreichen muss – so Katseli – nicht nur das Vertrauen der ausländischen Investoren gewonnen werden, sondern auch der inländische Markt gesund sein. Unter anderem deshalb legte das Wirtschaftsministerium einen Gesetzesentwurf zur Schuldenregelung hoch überschuldeter Haushalte sowie Privatpersonen vor. Dieser sieht drei Schritte vor. Eine außergerichtliche Schuldenregelung zwischen Schuldner und Kreditgeber. Falls es zu keiner Einigung kommt, wird das Gericht eingeschaltet, das schließlich die Vermögenswerte des Schuldners und dessen Familie detailliert aufnimmt, um dann einen in der Regel vierjährigen Schuldenabtragungsplan zu erarbeiten; in bestimmten Fällen können die Schulden nach Aussage der Ministerin sogar ganz erlassen werden.

Pläne, die bisher noch nie in die Tat umgesetzt wurden

Die ehrgeizigen ökonomischen Pläne und Maßnahmen, die Louka Katseli, die übrigens Wirtschaftswissenschaftlerin ist, auf der Pressekonferenz vorgestellt hat, sind keineswegs neu. Sie wurden teilweise bereits in der Vergangenheit von etlichen griechischen Regierungen propagiert, aber noch niemals zuvor in die Tat umgesetzt. Das räumte auch die Wirtschaftsministerin ein. Und: Dass ohne Transparenz, ohne Abschaffung von Korruption und Klientensystem alle ehrgeizigen Pläne nutzlos seien. Hier müsse man ansetzen, und deshalb werde die Regierung in Zukunft elektronische Kontrollmechanismen mit internationalem Standard in allen Behörden, staatlichen Institutionen und Ministerien installieren. Sie sei Pragmatikerin, sagte Katseli. Wenn man Anreize zur Ehrlichkeit schaffe und effektive Kontrollen einführe, dann sei das Problem Vetterwirtschaft ihrer Meinung nach schneller als gedacht vom Tisch. – Ob dies, wie die Wirtschaftsministerin versicherte, bereits Ende des Jahres spürbar sein wird, wird man abwarten müssen.

National Bank dementiert Gerüchte über Fusionen

Die National Bank (NBG), Griechenlands größte Bank, dementierte erneut Gerüchte, wonach sie in Fusionsgesprächen mit anderen griechischen Banken stehe oder den Verkauf ihres profitablen, türkischen Tochterunternehmens Finansbank plane. Die NBG habe solche Maßnahmen nicht nötig, weil sie mit ausreichendem Kapital ausgestattet sei, behauptete die Bank in einer Pressemitteilung. Die Gerüchte kamen auf, nachdem Premierminister Jorgos Papandreu und Zentralbankchef Jorgos Provopoulos vor kurzem öffentlich die griechischen Banken zu Zusammenlegungen aufgefordert hatten, um die Finanzkrise besser bewältigen zu können. Und NBG-Chef Vassilis Rapanos warnte: Die Aktienkurse der griechischen Banken seien derzeit niedrig und dadurch feindlichen Übernahmeversuchen ausländischer Kreditinstitute ausgesetzt. (GZdd)

Ministerin: Privatisierung der DEI kommt nicht in Frage

Umwelt- und Energieministerin Tina Birbili schloss jede Art von Privatisierung der staatlichen Stromwerke DEI (ΔΕΗ) aus. Die Regierung habe nicht vor, ein Aktienpaket oder einzelne Stromanlagen an private Investoren zu verkaufen, sagte Birbili in einem Interview. Stattdessen wolle man den hiesigen Energiemarkt mit gesetzlichen Maßnahmen öffnen, genau so wie man es der Europäischen Union, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank im Rahmen der Kreditzusagen für Griechenland versprochen habe. Als Teil dieser Reformen wird die DEI ihre Option zum Kauf von 30 % am staatlichen Gasmonopol DEPA nicht ausüben dürfen, sagte Birbili. DEI wird stattdessen für diese Option finanziell entschädigt werden, fügte die Ministerin hinzu. (GZdd)

Die Krise im Bausektor will nicht abebben

Nach einem kurzen Intermezzo im März setzte sich die Krise im Bausektor im April fort: Das Volumen der neu lizenzierten privaten und öffentlichen Bauprojekte war um 34 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die vergangenen zwölf Monate zusammengefasst schrumpfte der Bau um 26 %. Die Krise in diesem Wirtschaftsbereich spielt eine wesentliche Rolle für den Anstieg der Arbeitslosigkeit, die im ersten Quartal auf 11,7 % hochschnellte. (GZdd)

Keine Erholung für die Industrieproduktion

Der Index der Industrieproduktion fiel im Mai in einem Jahrestempo von 4,9 %. Diese Entwicklung geht größtenteils auf die herstellende Industrie zurück, wo ein Rückgang von 4,4 %

verzeichnet wurde. Zwischen Januar und Mai belief sich das Minus auf durchschnittlich 6 %, im Vergleich zu einer Verringerung von 9,7 % im entsprechenden Vorjahreszeitraum. (GZdd)

Banken sichern sich mit Kapitalerhöhungen ab

Sowohl die Bank of Cyprus als auch die Geniki Bank kündigten vergangene Woche Kapitalerhöhungen an, um ihre Finanzlage in der Krise zu verbessern. Das französische Kreditinstitut Societe Generale wird ihrem griechischen Tochterunternehmen Geniki eine Kapitalspritze von 340 Mio. Euro verpassen. Geniki will damit angehäuften Verluste von insgesamt 142 Mio. Euro ausgleichen und ein zusätzliches Kapitalpolster von rund 200 Mio. Euro aufbauen. Die Bank of Cyprus, Zyperns größtes Finanzinstitut, wird ihr Kapital mit 350 Mio. Euro stärken. (GZdd)